

# Der Sozialdemokrat

## Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Sonntag, 14. Dezember.

**Abonnements**  
werden nur beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreisen von:  
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)  
Fr. 3. — für Deutschland (Kreuzband)  
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Kreuzband)  
Fr. 1. 50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).  
Die beizugestellte Postzeitung 25 Cts. — 20 Pfg.

1879.

**Erste Seite**  
Der Sozialdemokrat  
No. 11.  
Die Sozialdemokratie  
No. 11.

Der Sozialdemokrat ist ein Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge, welches die Interessen der Arbeiterklasse vertritt und die Forderungen der Sozialdemokratie propagiert.

Das Organ der Sozialdemokratie ist ein internationales Organ, welches die Interessen der Arbeiterklasse in allen Ländern vertritt.

Das Organ der Sozialdemokratie ist ein internationales Organ, welches die Interessen der Arbeiterklasse in allen Ländern vertritt.

### Abonnements-Einladung

Wenige Tage noch, und der „Sozialdemokrat“ hat das erste Quartal seines Bestehens hinter sich. Wir haben nicht nötig, über die Aufgabe und die Erfolge des neuen Parteiorgans viele Worte zu machen. Die Entstehung des „Sozialdemokrat“ war eine notwendige Zeit, gleichwie ihm seine ganze Haltung von Anfang an durch die Umstände und die Interessen der Partei bestimmt vorgezeichnet war. Und weil der „Sozialdemokrat“ nicht einem momentanen und auf gewisse Kreise beschränkten Impuls sein: Existenz und die Art seiner Existenz, sondern, wie er ist, die notwendige Frucht der Sozialdemokratie, so entziehen auch seine bisherigen Erfolge durchaus unsere Erwartungen. Aus allen Theilen der sozialistischen Welt, vor Allem aber aus Deutschland, dessen Sozialisten dadurch nach einfacher Unterbrechung wieder ein Parteiorgan erhalten, sind überaus zahlreiche Abonnements-Belegungen eingelaufen und lassen noch ununterbrochen ein „Wohl“ dieses sich, wie voranschreitend, in der bisherigen Weise weiter verwehren, und wenn namentlich der Arbeiterbewegung immer mehr ausdehnt, so ist die Zeit nicht mehr fern, wo der „Sozialdemokrat“ die Abonnenten-Zahl des früheren deutschen Parteiorgans erreichen und dann neben seiner Hauptaufgabe, den nicht minder wichtigen Zweck erfüllen wird, für die Partei eine sichere Einnahmequelle zu liefern.

Unter diesen Umständen haben wir doppelt das Recht wie die Pflicht, die Genossen allerwärts aufzufordern, das Parteiorgan nicht nur durch ein Abonnement, sondern auch durch eine Weiterverbreitung nach besten Kräften zu fördern und zu unterstützen. Sie fördern dadurch die Partei selbst, machen sie widerstandsfähiger und kampfbereiter gegen ihre Feinde und geben ihr eine neue Waffe im Kampfe für des Volkes Rechte gegen seine Unterdrücker und Ausbeuter.

Man abonniert auf den „Sozialdemokrat“ nur beim unterzeichneten Verlag und dessen bekannten Agenten in Deutschland, sowie bei den auf der vierten Seite des Blattes angeführten ausländischen Agenten. In welchem der „Sozialdemokrat“ bekanntlich verboten ist, müssen sich, wenn sie über die sicherste Verbindung mit uns oder über unsere Agenten in ihrer Gegend in Unkenntnis sind, an bekannte Genossen um Rathschluss wenden, auf alle Fälle aber das Avis am Kopf unseres Blattes genau beachten.

Da ferner der Verlags- und an andere Besteller zur Sicherheit unseres Fortbestehens in ganz anderer Weise bewahrt werden muss, als bei den bisherigen Verlagen, so sind die Genossen, welche in den Bestellungen ihre Parteiverbindungen festsetzen, durch die folgende Vereinbarung zu verpflichten, welche die Einholung von Informationen geboten, wodurch die Verantwortlichkeit für uns und die Besteller entstehen würden.

Der Sozialdemokrat ist ein internationales Organ, welches die Interessen der Arbeiterklasse in allen Ländern vertritt. Die Sozialdemokratie ist ein internationales Organ, welches die Interessen der Arbeiterklasse in allen Ländern vertritt.

nichtung des noch vorhandenen Restes von Freiheit und zur ängstlichen Anrechnung des Volkes zu gebrauchen. Dieser Paragraph gibt der Regierung das Recht, mit einem Forderung nicht nur alle politische, sondern auch eine Klasse von bürgerlichen Rechten anzuhängen und stattdessen sie vor Allem mit der in andern Rechtsstaaten unerhöhten Befugnis aus, jeden Bewohner des unter der Herrschaft des kleinen Belagerungsstandes stehenden Gebietes ohne Anfrage oder Urtheil, ja selbst ohne Angabe irgend welcher Gründe, auf einen bloßen Verdacht hin oder gänzlich willkürlich aus dem Bezirk zu verweisen, ihn aus Heimath, Familie und Erwerb zu reißen, und dadurch ihn und die Seinigen zu ruinieren: dieser Paragraph gibt der Regierung die schrankenloseste und unverantwortlichste Machtbefugnis, welche in andern vortrefflichen Ländern der Regierung nur in Zeiten unmittelbarer, drohender Gefahr, im Kriegs- und Bürgerkriegszeiten, und da nur auf kürzeste Zeit gegeben wird.

Indessen war doch selbst die noch unter dem Einflusse des Attentatswahns stehende, öffentliche Meinung gegen dieses neue Gesellschaftsvertragsmittel damals noch zu ängstlich, als daß sie sich so ohne Weiteres mit ihm befand hätte. Außerdem hatte die Regierung das ausdrückliche Versprechen gegeben, dies äußerste Mittel, selbstverständlich nur im äußersten Fall unmittelbarer schwerster Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit anzuwenden. Nun, ein solcher „Grund“ für die Einführung des Belagerungsstandes in Berlin war aber nicht schwer zu finden.

Als die Regierung wenige Wochen nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes den kleinen Belagerungsstand in Berlin erklärte, führte sie als Hauptgrund hierfür, die durch die Attentate offenbar gemordeten Gründe für das „heilige Leben des Kaisers“ an. Das war gewiß ebenso geistlos, schandlos, als infam; aber es fehlte doch noch einem Hinweisenden „Grund“ aus. Was geht man aber heute für die erneute Verhängung des Belagerungsstandes über Berlin für Gründe an? Die öffentliche Ruhe während des abgelaufenen Jahres in Berlin keinen Augenblick gestört, dem Kaiser, seinen Angehörigen und allen sonstigen Gewaltthätern kein Haars gekümmert worden. Wo stehen also die Gründe, die außerordentlichen Gründe zu dieser außerordentlichen Maßregel?

Wenn sich aber die Regierung je in dem Wahn gewiegt hat, vermittelst der diktatorischen Machtbefugnisse des Belagerungsstandes die Sozialdemokratie zu vernichten, oder sie auch nur zu beschränken, dann ist sie durch die Resultate des abgelaufenen Jahres allerdings gründlich in ihrer Hoffnung getäuscht worden. In dieser Richtung können wir dem Minister Eulenburg nur bestimmen, wenn er erklärt, daß das Ausnahmegesetz sammt dem Belagerungsstand „anscheinend“ auf die Sozialdemokratie wenig einflußlos geblieben, und daß die deutsche Sozialdemokratie in der alten Ausdehnung und Kraft fortbesteht, und es verständig, die ganze Verantwortlichkeit der herrschenden Klasse, wegen der dieser Nacht des Ministers und der Verhängung eines Artikels des „Sozialdemokrat“, in welchem gesagt ist, daß der

Stand der Bewegung mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Verhältnisse ein ganz vortrefflicher sei, — in dem über diese unerwartete Neuzigkeit höchlich erstaunten Landtag „große Satisfaction“ erntet. Die Parlamentarier haben wahrscheinlich gedacht, daß die Sozialdemokratie mit den der Regierung zu diesem Zweck bewilligten Gewaltmaßnahmen längst mauerflucht gemacht worden sei.

Wie wenig der Sozialdemokratie aber Belagerungsstand und Ausnahmegesetz schaden können und fern werden schaden können, darüber wollen wir — da wir in dieser Sache selbst Partei sind und überdies schon das bloße Bestehen des „Sozialdemokrat“ und jede seiner Nummern genügendes Zeugnis für die Existenz und das Wohlfinden unserer Partei ablegt — aus einer Menge ähnlicher, theils mit lauren, theils mit erschreckten und drohenden Mienen vorgebrachten Zeugnissen der Bourgeoispressen das eines Blattes anführen, welches gewiß Niemand in Verdacht geheimer Sozialistenfreundschaft haben wird. Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt also:

Die Polizei ist allerdings der Sozialdemokratie energisch zu Leibe gegangen; sie hat Druckereien und Zeitungen schiffelweis verboten, sie hat Druckereien und Vereine zu Hunderten geschlossen, sie hat den Traum Lessendorfs, die äußere Organisation der Sozialdemokratie zu zertrümmern, zur Wirklichkeit gemacht, und die Ausweisungen aller der Agitation Verdächtigen, haben das Werk gekrönt; aber sie hat darum die Sozialdemokratie so wenig vernichtet, wie die Reaktion der fünfziger Jahre die Demokratie aus der Welt zu maßregeln vermocht hat. Wo immer eine Reichstagswahl stattfindet, erscheint die Sozialdemokratie auch ohne Presse und öffentliche Agitation, in derselben geschlossenen Masse, wie ehedem, und selbst Graf Eulenburg wird heute wohl kaum bezweifeln, daß wenn eine Neuwahl in Berlin stattfinden sollte, wir hier das selbe Schauspiel erleben würden. Graf Stolberg forderte scharfe und wirksame Waffen, weil mit halben Maßnahmen mehr geschadet, als genützt werde; die scharfen, schneidenden Waffen sind ihm, wie er wünschte, geworden; wir glauben, daß sie trotzdem mehr geschadet, als genützt haben. Und unter den Maßnahmen, die mehr schaden als nützen, sich die Verlängerung des Belagerungsstandes über Berlin obenan. Bei dieser Lage der Dinge vermögen wir nicht ohne ernste Besorgnis in die Zukunft zu blicken. Die Annahme des Ausnahmegesetzes ist ein verhängnisvoller Wendepunkt in unserer inneren Entwicklung, verhängnisvoll auch deshalb, weil er die Unmöglichkeit, auf diesem Wege aus unserer großen sozialen Misere herauszukommen, klar gesetzt, und das Ausnahmegesetz wieder die Sozialdemokratie zu einem Faktor gemacht hat, der im Verlaufe unserer weiteren Entwicklung nicht gegen, sondern für die Sozialdemokratie zählen wird.

Ja, wohl, gewiß werden Ausnahmegesetz und Belagerungsstand im Verlaufe unserer weiteren Entwicklung für die Sozialdemokratie zählen und zwar in noch höherer Grade, als das Bourgeoisblatt glaubt, und in mehr als einer Richtung. Nicht nur, daß uns die Rechtslosigkeit, die Richtung unserer Sache und die maßlose, selbst die elementarsten Grundzüge des Rechts vernehmende Verfolgung ihrer Anhänger zwingt, unsere Reihen enger und enger zu schließen, daß sie die Ueberzeugung noch Schwankender festigt, den Opfermuth und die Kampfbegierde der Gesinnungsgenossen vervielfacht, uns in den Kämpfen und Listen des Parteikampfes übt, die Centralisation schärft und uns dadurch die Fähigkeit der strengen Zusammenfassung unserer Kräfte und ihrer präzisen Verwendung zu bestimmten Zwecken in erhöhtem Maße gibt — die vor aller Welt offenbare brutale Unterdrückung, die Anwendung des nackten, schamlosesten Faustrechtes gegen das arbeitende Volk und dessen Wortkämpfer, die Sozialdemokraten, öffnet zugleich immer größeren Schichten der Bevölkerung die Augen für die Wahrheit der von uns an der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung geübten Kritik und vermehrt dadurch in Verbindung mit der zunehmenden Massenverarmung täglich die Zahl unserer Anhänger, das Heer der Kämpfer für eine neue, gerechtere Ordnung der Dinge, den Heerhaufen des Sozialismus!

Aber das Sozialistengesetz und besonders der Belagerungsstand bewirken sowohl bei den dadurch unmittelbar Betroffenen und Geschädigten, als im ganzen Proletariat, soweit es bereits zur Erkenntnis gelangt ist und ferner gelangt, noch ein Anderes, was die Regierung und die herrschende Klasse überhaupt, jedoch mehr Ursache zu fürchten hat, als wie sie es ist, und eine Summe von scharfer Erbitterung und tiefem Haß, welche mit jeder neuen Ausweisung, mit jeder erneuten ruinirten Familie, mit jedem neuen Tag der Willkürherrschaft lawinenhaft anschwillt und die Auswärtigen auf eine felebrische Höhe bringt, von der die Sozialdemokratie aufgemerktem politischen und sozialen Fragen von Stunde zu Stunde vorrückt und bald ganz vernichten wird!

Wir haben diese Eventualität und ihre Folgen nicht zu fürchten, wenn wir sie auch keineswegs suchen. Aber unsere Gegner sollten es sich doch ernstlich überlegen, ehe sie fortfahren, die Drahtsaat des Hasses auszustreuen. In ihren Händen liegt die Wahl! Auf ihr Haupt falle die Verantwortung!

## Die Knappschafftskassendebatte im sächsischen Landtag und die Zwickauer Gruben-Katastrophe.

Als am 27. November Genosse Liebknecht in der sächsischen Abgeordnetenkammer die sächsischen Bergbauverhältnisse einer vernichtenden Kritik unterzog und an der Hand jahrelanger eingehender Studien dieser Frage und massenhaften von den Bergarbeitern selbst gelieferten Materials schlagend nachwies, wie der Betrieb sowohl der staatlichen als der privaten Bergwerke ein vernünftiger und geradezu mörderischer sei, indem Gesundheit und Leben der Arbeiter durch die übermäßigste Abwanderung derselben und die Vernachlässigung der notwendigen Sicherheitsmassregeln, vor allem der Ventilationsvorrichtungen auf das Gewissenloseste gefährdet und geschädigt würden, bloss um grosse Ausbeutergewinne zu erzielen; als der Redner deshalb die selbst rassistisch ausbeuterische und darauf auch die ausbeutungslustigen privaten Wertheber imgeduldet gewähren lassende staatliche Bergverwaltung in der für sie verantwortlichen Regierung scharf angriff; da erhoben sich die Regierungsmänner und die Vertreter aller grossen Kammerpartei einmütig voll sittlicher Entrüstung gegen die angeblich vollkommen grundlosen und nur auf die Aufreizung des stets unzufriedenen Arbeiter berechneten dreifachen Liebknecht und behaupteten schlanweg, das im sächsischen Bergwerksbetrieb Alles in bester Ordnung, das für die Interessen der Arbeiter auf das Gewissenhafteste, ja Reichlichste gesorgt sei und das irgendwelche Missethätigkeiten und Gefahren nirgends existieren. Der sozialdemokratische Störenfried predigte lauden Ohren und ward wegen seiner Mahnungen und Warnungen mit Verdächtigungen, Lügen und Verläumdungen förmlich überschüttet. Die gegen den gemeinsamen Feind solidarisch vorgeschrittenen Anhänger der Debatte aller Schattierungen und die gesamte Presse war einstimmig darüber, das die schweren Klagen der Bergarbeiter und ihr Vertreter gründlich widerlegt und unhaltbar worden seien und das die Vorwürfe des sächsischen Bergwerkes über jeden Zweifel erhaben sei.

Nach waren aber nicht fünf Tage verflossen, und die Nacht der Thatsachen erhellte eine furchtbare, vernichtende Antwort auf die Entschuldigung die hohen Behörden und treuen Vorgesetzten der vereinigten Regierung und Bergwerke. Am 2. Dezember früh 7 Uhr ereignete sich im Zwickauer Bergbau ein schreckliches Unglück, welches die Arbeiter in den Zwickauer Grubenleben an der Arbeit befindliche Bergleute, 1000 bis 1200 Mann, tödtete.

Alle sächsischen und deutschen Blätter schildern die grässlichen Szenen der Zutragsschiffung der entseelten und verbluteten Leichname und der herzerregenden Schmerzes und Klagen der Hinterbliebenen von Wittwen, Waisen, Eltern und Verwandten der Bergmännchen, und appellieren an die Wohlthätigkeit, damit diese für die Hinterbliebenen ihre, was eigentümlich die Pflicht der Bergwerksbesitzer wäre, und durch einige Beilegen die Schuld, welche das ausbeuterische Kapital an dem Tod der Arbeiter trägt, wieder gut mache. Denn das eine solche Verleumdung in diesem, wie in den meisten solchen Fällen vorliegt, ist ein trotz aller Vertuschungsversuche seitens der Industriellen Grubenbetriebe. Am Nachmittag vor dem Unglück waren Arbeiter damit beschäftigt, mittels Patronen Bohrer zu arbeiten, um ein neues Schichtlocher zu bohren, welche für die besten Förderung nach oben ausgeschafft werden sollen zu schaffen. Sie beschäftigten dabei durch einen Schuss der Witterung (ein Ratten, resp. Rattenverschlag, dazu bekannt) die durch den Ventilator eingeführte gute Luft am Abzug zu verhindern und sie zu zwingen, in die ungesunden Regionen des Bergwerkes einzudringen, d. h. die Ventilation so zu regulieren, das sie den ganzen Werte zu Gute kommt so stark, das er selbst Veratmung nicht mehr erdulden konnte, indem durch das einströmende noch die gute Luft abzog. Die Ventilation dieses Ereignisses wurden auch sofort bemerkt, da natürlich die Wetter ganz anders liegen mussten als es sonst der Fall war. Unter solchen Umständen wäre es selbstverständlich die Pflicht der Direktion gewesen, den Betrieb augenblicklich einzustellen, da das Ansahrsassen bei nichtfunktionierenden Wetterweiser fast kein so gut wie vorbedachter Mord ist. Trotz dem aber wurde der Betrieb, um die Verluste zu vermeiden, fortgesetzt, bis die Arbeiter um des schrecklichen Gewinnes willen einen katastrophischen Tod abervollbrachten. Es dauerte noch nicht genug, worden die nach dem Bekanntwerden des Unglückes zuerst anfangs Rettungsgemeinschaften ohne pneumatische Rettungsapparate in den Gasethalten Schächte herabgeschickt, wo sie sofort ersticken und starben. Und noch außerdem hat die Bergwerksdirektion die mehr als ehrens Ehrn, ihren getrauten Bereich mit der Behauptung zu schließen, Ein Versehen dieses schweren Unglücksfalls habe Niemand.

Aber heilig, von ihrem Ausbeuterhandpunkt hat die Direktion des Zwickauer Bergbauvereins durchaus nicht gehandelt, indem sie Gesundheit und Leben ihrer Arbeiter dem pekuniären Kampf der Gesellschaft unterordnete, und die letztere hätte nimmermehr so brillante Geschäfte machen und ihren Dividenden so reiche Dividenden abgeben können. Die auf 250 oder 300 Thaler lautenden Aktien sind bereits auf 1200 Thaler, wenn sie nicht von jeher nach diesem Grundsatze gehandelt hätte. Was hat die Gesellschaft auch für einen Nachtheil davon, wenn infolge dieser obersten Vertriebsmaxime größere oder kleinere Unglücksfälle oder selbst solche Katastrophen wie die letzte eintreten? Der durch den Tod geräumte Platz ist ja im nächsten Moment wieder beletzt — an lebendem Arbeitsmaterial — ist ja kein Mangel! Und dazu kostet der Wechsel des Besitzers nicht einen Pfennig, denn die künftigen Zeiten der Sklaverei sind ja Gott sei Dank ein überwundener Standpunkt und man braucht sich die Sklaven nicht mehr zu kaufen — man bekommt sie heute um

sonst und nur für das tägliche Brod. Für die Hinterbliebenen der Verunglückten haben die „Brotherren“ natürlich auch nicht oder doch nur selten zu sorgen. Die Bourgeoisvertreter des Reichstages haben ja in bekannter Unparteilichkeit und Uneigennützigkeit dafür gesorgt, das die Bestimmung des Haftpflichtgesetzes, welche die an der Verunglückung des Arbeiters schuldtragenden Arbeitgeber zur Entschädigung anhält, nicht allmählich zur Anwendung komme. Der Arbeiter muß zuerst die Schuld des Herrn nachweisen und die Todten sind bekanntlich stumm. Deshalb wird auch aller Voraussicht nach die reiche Zwickauer Grubengesellschaft für all die vielen Wittwen und Waisen der ihrer Profitmacherei zum Opfer gefallenen Verunglückten nicht einen vollen Heller zu bezahlen haben! Was gehen sie diese Erbarmenswerthen an? Ihre Männer und Väter haben zu leben aufgehört, können also nicht mehr ausgebeutert werden, nichts mehr durch ihre harte Arbeit und ihr Darben zur Bereicherung der Herren leisten. Damit ist das Interesse der letzteren an ihnen und ihren Angehörigen verschwunden und diese werden der Fürsorge der öffentlichen Mildthätigkeit und — Gottes Überlassen, des Allgütigen, der über Euch thronet, der Euch Vater sein und die Herzen der Menschen zum Wohlthun leiten und nach den Tagen der Noth und Sorge Euch Tage der Tröstung entstehen lassen wird — wie es gar trostreich und selbstherrlich in den Aufrufen an die Hinterbliebenen heisst: „Es ist doch eine schöne Erfindung um diesen großen Lückenbüßer „Gott“, dem man so bequem eine Fürsorge aufhaken kann, die man selbst nicht tragen mag! Und welch guter Gott — die Wohlthätigkeit, der Bette! dem die schmerzgeschügten Frauen und Kinder den meist in der Blüthe ihrer Jahre dem Moloch Kapital geopfertem Sinn dringend überliefert werden!

Nicht wahr — wie das sächsische Bergwerk vorzüglich ist, und das Betreiben gesundheitsgefährlicher Zustände, der verwerflichen Betrieb, die Ausbeutung, Abwanderung und die gewissenlose Schädigung des Lebens der Arbeiter nichts als „sozialdemokratische Lügen“ und „grundlose Behauptungen gewissensloser Agitatoren“ sind, wie es u. A. der Amtshauptmann Bopel im Landtag gegenüber Liebknecht so trefflich ausführte, derselbe Mann, der durch eine eigentümliche Verletzung von Umständen heute an der Spitze des Hülfskomitees für die Opfer von Zwickau steht, deren Nichtvorhandensein er wenige Tage vorher selbst so eifrig nachwies. Nicht wahr — wie die, gewissenlosen Agitatoren auch noch anderen Richtungen hin Lügen und andere Staats- und Gesellschaftsordnung sehr herabwürdigen und kein gutes Haar an ihr lassen, während sie in der That eine so vorzügliche ist: „Es ist freilich wahr, das der Arbeiter, der Lohnlose Zeit seines Lebens hart arbeitet, und dennoch hungert und darben muß, während der Reiche nichts thun und dabei herrlich und in Freudens lebt, das der Bergarbeiter sich unter der Erde Tag um Tag sich zwölf Stunden abradert und durch Ueberanstrengung und Entbehrung seinem Leben frühzeitig ein Ende setzt, wenn er nicht vom einbrechenden Gestirn erschlagen oder vom giftigen Schwaden erstickt wird, während der Bergwerksbesitzer in monnen Licht des Tages den Schweiß seiner Weinfloden genießt. Es ist wohl wahr, das der reiche Besitzer selbst an dem lächerlich geringen Lohn noch auf jede Weise abzwackt, den der arbeitende Arbeiter zur Vermeidung einer Unerschuldungspflicht mittellos auf Pfänder wirft und lieber Hunderte von Arbeiterleben gefährdet und vernichtet, ehe er ein neues Förderseil, eine gute Wetterführung, einen zweiten Schacht, eine bessere Finanzierung, herstellt; das er die Wittwen und Waisen der für die Mehrung seines überflüssigen Ausgesprochen und Gedödteten mißleidlos auf die Bettelstraße schiebt, um dann mit neuem Bergwerkstoff das alte Spiel zu beginnen. Es ist endlich allerdings wahr, das der Staat, die angelegliche Verförderung der Gerechtigkeit, diesen heillosen Ausbeutern nicht nur keinerlei Hindernisse durch energische Handhabung des ihm zustehenden Aufsichtsrechtes in den Weg legt, sondern das er selbst seinen eigenen Arbeiter gegenüber baselbst rassistisch und mordetische Ausbeutungssystem zur Anwendung bringt. Alles dies ist wahr, unabweisbar wahr! Aber das ist nun einmal der Weltlauf und noch göttlicher und menschlicher Ordnung, so bestimmt, das es Reiche und Arme gibt und das die Ersteren zum Herrschen und Genießen leben, während die Letzteren die Aufgabe haben, durch ihre Arbeit, ihre Thätigkeit, ihre seelischen und körperlichen Schmerzen, ihre intellektuelle und physische, wirtschaftliche und politische Knechtschaft, durch ihre ganze menschliche und bürgerliche Entrechtung der Ersteren Vorrechte, Freiheit, Verschwendung, Uebermuth, Leppigkeit und Herrschaft zu ermöglichen!

Und diese vorzügliche Ordnung, diese höchste Blüthe unserer Kultur wollen die „gewissenlosen Agitatoren“ freies Nichts mit Stumpf und Stiel vernichten und an ihre Stelle eine verwerfliche Gleichheit setzen, in welcher jeder Unterschied zwischen den „höheren Klassen“ und dem gemeinen Volk verwischt werden und alle gleichheitlich zur Arbeit verpflichtet, wie zum Genuss berechtigt sein sollen, in welcher es keine Knechtschaft und kein Geld mehr geben soll und in welcher demnach auch selbst notwendige Ergänzung, die staatlichen und gesellschaftlichen Vorrechte der Reichen nicht mehr bestehen können! Gegen diesen unerhörten Raub an dem heiligsten Rechten der Menschheit, gegen diesen verbrecherischen Wahn und die wahrnsinnige Verbrechen müssen sich alle Beständigen, alle Gebildeten und alle Freunde der alten heiligen Ordnung erheben und sich einmütig zu deren Vertheidigung und zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Vötheiche sammeln — welche religiösen, politischen, wirtschaftlichen und nationalen Ansichten sie sonst auch kennen mögen!

Diesem Grundsatze gemäß hat auch die sächsische Kammer gelegentlich der „gemeinwohllichen“ Rede des Sozialdemokraten Liebknecht gehandelt und wir haben die Genüßgier erlebt, das ihm, d. h. der Sozialdemokratie gegenüber alle andere Parteien und Klassen „demokratische“ Fortschrittler, Nationalliberale und Konservatle, Birneutenen, Fabrikanten, Bürgerweiser und Minister ihres sonstigen Habens und Treuens vergaßen und sich einträchtiglich zusammenschanden. So lieben wir's: so wird der Blick doch nicht durch Nebenblichlichkeiten getrübt und die beiden einzig ernstern Parteien können sich scharf ins Auge lassen und erkennen: die Ausbeuter und Unterdrücker, die Ausgebeutete und Beknechtete, — die herrschende Klasse, die Proletariat!

Es ist nur selbstverständlich, das sich diese beiden Todfeinde mit allen Mitteln und auf jede Weise bekämpfen und unerschöpflich zu machen suchen. Die Sozialdemokratie ist deshalb auf Alles gefaßt und weiß, das sie noch größere Schwierigkeiten und Fährlichkeiten als heute zu bestehen haben wird. Wenn also der sächsische Minister des Innern Liebknecht gegenüber bemerkte, das die sozialistischen Grundzüge wol den Absolutismus herbeiführen, niemals aber schlagende Wetter verhüten können, so schreckt uns die erstere Prophezeiung um so weniger, als wir ja schon ein ganz respectables Stück Absolutismus haben und der letztere unter Umständen einem Scheinkonstitutionalismus vorzuziehen ist. Was aber den Nachsch betrifft, so ist es nicht unsere Aufgabe, mit dem Minister über die Fortschritte und den Stand der Wissenschaft zu streiten; wir wollen deshalb seinen geistreichen Satz lieber politisch auffassen. Und da haben wir ihm zu erwidern, das unter dem Absolutismus, d. h. bei der Fortdauer und Verschärfung der brutalen Unterdrückungsmaßregeln, der Rechtlosigkeit des Volks und der Vogelfreiheit der Sozialdemokratie allerdings und in nicht allzuweiter Ferne ein Zeitpunkt kommen müßte, wo die Sozialdemokratie ein „schlagendes Wetter“ nicht mehr verhüten kann noch will, gegen dessen elementare Gewalt das Judentum und alle in der Neuzeit durch ihre Verheerungen bekannt gewordenen Explosionen zusammengenommen, zu ihren erschütternden Wirkungen geringfügig erweisen! Aber bei dieser Katastrophe werden Verluste und Wehklagen nicht auf Seite der Arbeiter sein!

## Eine traurige Alternative.

Während der Eintritt der sozialistischen Abgeordneten in den sächsischen Landtag und ihr bisheriges Wirken in demselben, vor allem das energische und die Gegner der Sozialdemokratie in und außer dem Landtag heftig erregende Auftreten Liebknechts in der bekannten Knappschafftskassendebatte die allg. gemeine freudige Zustimmung der deutschen und außerdeutschen Parteigenossen findet, und jeder vernünftige und ehrliche Anhänger unserer Sache die angeleglich bei im Reichstag herrschenden Mundtodmachungsversuchen doppelt wertvolle Gelegenheit, den schreiendsten Klagen des Volkes selbst unter dem Druck eines inflamen Ausnahmegesetzes öffentlich Ausdruck zu geben, willkommen heißt, während andererseits die Gegner der Sozialdemokratie während und darüber, das nunmehr im sächsischen Landtag die Grundzüge des Sozialismus „ganz so rüchloslos und gewaltthätig wie eben in den Volksoberparlamenten und in der sozialistischen Presse“ gepredigt und dadurch das Volk auf Gefeßliche zum Haß gegen alle bestehende Ordnung aufgereizt werde, während eben behauptet, ein in London erscheinendes Blatt, welches sich nicht nur sozialdemokratisch nennt, sondern sich heidnische Weise sogar als das einzig christliche und prinzipienreue, streng sozialdemokratische Organ gerirt, unserer Sache nicht besser dienen zu können, als indem es die Verheißung anderer Genossen an der Verhandlung des Landtages als Verleugnung unserer Prinzipien, Abirrung, Fäulnis, Fäulnis, in die Bahnen des korrupten Parlamentarismus, und wie die Beschuldigungen sonst noch alle heißen, als eine Schädigung der Partei bezeichnet und die betreffenden Genossen mit Verdächtigungen, Verläumdungen und Beschimpfungen überschüttet. Ihr Eintritt in den Landtag, bezw. die zu Ausübung ihres Mandates erforderliche Ableitung des Abgeordneteneides wird eine „Blamage“, eine „Verhäufung des Sozialismus“ genannt und der strenge Richter der Lebendigen und Todten — wie sich das Blatt in dem bekannten blühenden Stil ebenso beschreiben als geschmackvoll nennt — findet, das die Leistung dieses Eides „einer Abschreibung der Sozialdemokratie verdammt ähnlich“ steht. Das ist die Existenz der Sozialdemokratie der „große Teil“ der Genossen zum Teil wirklich den gleichen „Leue“ als Verfassungssünder, Bürgerrechtler, ja das der einzig streng sozialdemokratische Medoistokrat in London diesen Eid selbst bereits geleistet hat (gegenständiglicher Bürgeraufnahme und Veränderung der Staatsangehörigkeit) dies scheint das Londoner Blatt dem vergessen zu haben, wie so ziemlich die ganze Geschichte der deutschen Bewegung, welche mit dem Grundsatze der Wahlberechtigung gegliedert ist, den der einzig streng Sozialdemokrat in London eine Dummheit und einen quasi Verzicht an seinem Bürgerrecht nennt!

Da das Londoner Blatt in seinen entsetzlichen Variationen über dieses letztere ihm bereits zur fixen Idee gewordene Thema außer einigen Kraftworten im bekannten Genre nichts Neues bringt, und wir die Ansicht der Partei über diese Frage bereits früher erörtert haben, so würden wir vielleicht die Frage der Wahlberechtigung nicht noch einmal besprechen, wenn nicht das Londoner Blatt in einer seiner letzten Dummheiten die Grenzen eines ziemlich harmlosen und gewissen Leuten erlaubten politischen Kinderspiels überschritten und sich auf den Boden der baren Verleumdung und des offenkundigen Vertrauens in der Partei begäbe.

Unsere Magdburger Genossen sind in die Wahlbewegung eingetreten. Die Schwierig eine Wahltagation unter den heutigen Verhältnissen ist und wie sehr es der wärmsten Hingebung und des Opfermuthes aller Genossen des betreffenden Kreises bedarf, um ohne Vereine und Versammlungen, ohne Presse, ohne Berechtigung zum Verzicht von Wahlberechtigung und selbst von Stimmzetteln, unter strengster Beachtung der offenen und geheimen Polizei, Ketzerei, Wahlzettel, wie sich wenig vom Belagerungszustand unterscheiden, gegen die erdrückende Gewalt der beamteten Staats- und Kapitalmacht anzukämpfen! Das wissen alle deutschen Genossen. Wer daher auf den Hyemanten eines Parteigenossen, eines Sozialdemokraten Anspruch erhebt, der hat die heiligste Pflicht, die Magdeburger Genossen nach besten Kräften in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. Weit entfernt davon aber sucht das einzig streng sozialdemokratische Londoner Blatt mit rassistischer Hofweise gerade den Zeitpunkt

Welcher die begeisterte Kampfbereitschaft und vollendetste Einigkeit erfordert, heraus, um durch die Spaltung der Genossen seinen Fortschritten zu fördern und seine schmutzigen Sonderzwecke zu fördern. Während die Magdeburger Genossen in geschlossener Phalanx, einig und voll Begeisterung und Opferfreudigkeit in den Kampf rücken, erscheint der Londoner „einzige echte Sozialdemokrat“ in ihrem Rücken — aber nicht etwa um die kämpfenden Brüder zu unterstützen, sondern um sie durch Hohn über die Dummheit ihrer Hingebung und die Fruchtlosigkeit ihrer Opfer und durch Rufe zum Rückzug in Verwirrung zu bringen und durch dieses feige Indenrückenfallen alle ihre Anstrengung zu vereiteln, wodurch den Todfeinden der Sozialdemokratie ein eminentes Dienst erwiesen wird! Wohl werden sich unsere wackeren Magdeburger Genossen durch diese empörende Verfehle in ihrer hingebenden Pflichterfüllung nicht stören lassen, sondern den verrätherischen Rufen mit Verachtung allein sehen lassen und müthig weiter kämpfen, dessen sind wir gewiss. Aber der Versuch des Londoner Blattes verliert deshalb nichts von seiner Schandlichkeit und bei der Fortsetzung nach den Beweggründen einer solchen Handlungsweise bleibt uns nur die trostlose Alternative: entweder geistige Unzurechnungsfähigkeit oder offenkundige, schändliche Verräth!

Uebigens steht diese Handlungsweise bei dem Londoner Organ keineswegs vereinzelt da. Die von einer geradezu bewundernswürdigen Hingebung für unsere Sache besessenen deutschen Parteigenossen werden unklare Köpfe, Irregereitete, Schlafwandler u. dgl. ginanziell, die bewährtesten und selbst von den höchsten Organen ihrer Überzeugungsbewehrung und Selbstlosigkeit geachteten Kämpfer der deutschen Sozialdemokratie systematisch verläumdelt, des Abfalls von unseren Grundfragen und der schloßen Verführung der Arbeiter beschuldigt, allenfalls Migrationen und Hinterschlagen die Reihen der Feinde und so auf ihre Einigkeit angelegentlich die Sozialdemokratie zu säen gesucht, ja die deutsche Partei in voller Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung als nicht mehr existierend erklärt! Dagegen bezeichnen sich die Wackeren der Londoner „Freiheit“ als einziges, ächte und wahre Sozialisten, für klüger, radikaler, revolutionärer und ehrlicher, als alle die zehntausende von Kampfgelübten und selbstbewußten deutschen Parteigenossen, deren mächtige und zugleich kluge Haltung bei den Sozialisten aller Länder Bewunderung erregt, ja selbst ehrlichen Gegnern Respekt einflößt hat und der allein es zu danken ist, daß heute noch eine deutsche Sozialdemokratie existirt! Da dieselbe indessen den Sonderbestimmungen des Londoner Organes und seiner Leiter nicht entspricht, so erklären sie dieselbe als todt und sich als berechtigt und berufen, aus den Trümmern dieser verfluchten, verabschiedeten und eidamenswerthen Bewegung eine neue, wirklich revolutionäre Partei zu bilden, deren Leitung natürlich ihnen selbst zukommt. Was ist das anderes als offener Verrath an unserer Sache? Und kann sich die herrschende Klasse bessere Bundesgenossen wünschen?

Tod wollen wir für heute auf dies ebenso traurige als widerliche Thema nicht weiter eingehen. Wir werden uns, wenn sich die Haltung des Londoner Organes nicht gründlich ändern sollte, ohnehin mit der Sache bald genug wieder befassen müssen, wobei es sich freilich nicht um eine unfruchtbare Polemik, sondern lediglich darum handeln können, ein brandiges Glied vom Körper der Sozialdemokratie abzutrennen, damit nicht der ganze Organismus durch es geschädigt werde!

### Sozialpolitische Rundschau.

Und in den Armen liegen sich Beide — der deutsche Majordomus und die von ihm lange gemiedene und abel traktierte Phryne Nationalliberalismus. Die die „Nationalzeitung“ mit überströmender Freude erzählt, hat der Reichskanzler das Flehen der so schwer Gezüchtigten endlich erhört und ihr mit Rücksicht auf ihre bewiesene Dufertigkeit und Dienstwilligkeit einen Sonnenstrahl seiner Gnade zukommen lassen, indem er den Führern und den Mitgliedern der Nationalliberalen seine lebhafteste Befriedigung über die Behandlung der Eisenbahnfrage durch die nationalliberale Fraktion mittheilen ließ. Die fortschrittliche Berliner „Volkszeitung“ hat sehr Recht, wenn sie meint, daß diese Verkündigung nicht gerade sehr nötig gewesen sei, indem man es sich an den Fingern abzählen konnte, daß die Herren der großen „Staatsweisheit“ auf die lebhafteste Befriedigung des Reichskanzlers vollaus rechnen konnten und auch richtig gerechnet haben. Die Verkündigung hat indessen den Werth, daß sie uns zeigt, wie es im „konstitutionellen“ Breußen geht. Die „Volksvertreter“ freuen sich, ein Vertrauenspotium von den Ministern zu erhalten, und rühmen sich dessen öffentlich! Die Repräsentanten des konstitutionellen Systems kann nicht drohlicher an den Tag treten.

Sast noch bezeichnender für das Wesen des deutschen Liberalismus ist aber die Thatfache, daß stattdessen von der reaktionären Regierung konstitutionellen Unterrecht erteilen lassen muß. Die „Nat. Ztg.“ machte nämlich aus Anlaß der bei Verstaatlichung der Eisenbahnen von ihr für wünschenswert erachteten Garantien die wahrhaft pyramidale Bemerkung, daß „es sich nicht empfehle, Gesekenswürfe, welche die Regierung beim Parlamente eingereicht, dort zu verbessern; vielmehr habe die Regierung die Obliegenheit, die Gesekentwürfe so einzubringen, daß sie ohne Weiteres angenommen werden könnten.“ Ein Dispositio in der „Nat. Ztg.“ läßt sich nun aber diese „liberale“ Forderung in vollkommener zersprengter Weise also aus. Die Bemerkung erscheint darum seltsam, weil bei dieser Forderung nicht zu begreifen ist, wozu der öffentliche Parlamentarismus noch dienen soll. Da keine Regierung im Stande sein wird, die Wünsche der Landesvertretung immer genau zu erfüllen, und da in der öffentlichen Verhandlung wesentliche Änderungen nach der „Nat. Ztg.“ unzulässig sind, so bleibe kein anderer Weg, als der einer vorläufigen Befriedigung mit der Majorität, der für die öffentliche Verhandlung nur noch die formellen Abstimmungen, übrig bliebe. — Es ist wohl kaum möglich, daß eine Partei welche

sich selbst von der unverhüllten Reaktion solche Lektionen geben lassen muß, noch mehr auf den Hund kommen kann, als sie es schon ist.

Die opportunistischen „Republikaner“ Frankreichs haben sich dieser Tage in feierlicher Weise ein wahrhaft vernichtendes Armuthszeugniß ausgestellt, wie es die Intransigenten und Sozialisten niemals hätten härker thun können, und welches den Niedergang ihrer Herrschaft wesentlich beschleunigen wird. Obwohl die Verurtheilung des gegenwärtigen „Kabinetts der Mittelmaßigkeiten“ oder richtiger: der Unfähigkeit eine allseitige ist, wurde diesem Kabinet, als es infolge der lauten Ausdrücke der Unzufriedenheit die Vertrauensfrage stellte, ein Vertrauensvotum erteilt und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil man keine „Kapazitäten“ hatte, welche an Stelle der abgehenden Minister hätten treten können! Indessen ist dieses „Vertrauensvotum“ nichts als eine Salgenfrist und das Ministerium Waddington wird sich höchstens nur mehr wenige Monate halten können. Ebenso sicher wird aber über kurz oder lang auch die ganze Herrschaft der Opportunistenrepublikaner fallen und radikaleren Elementen Platz machen, bis schließlich die einzig wahre Republik, die sozialdemokratische Republik, stehen wird!

Während in Spanien der Nothstand und das Elend des Volkes immer größere Dimensionen annimmt; während Hunderttausende fleißiger Arbeiter ohne Arbeit sind und sammt ihren Familien hungernd auf der Straße liegen; während alle Spitäler von Hungerkranken überfüllt sind und die Sterblichkeit der Armen Vorkollasse auf das Dreifache ihrer sonstigen Höhe gestiegen ist; während Schaaren von Auswanderern, denen noch einige Pfennige zur Reise geblieben, das verdaunne Land des Hungers und der Tyrannei verlassen; während dessen feiert der König in der Hauptstadt in angedörter Pracht seine Hochzeit auf des armen Volkes Kosten. Die Königin erhält einen Brautkranz von 80 Millionen und die Provinzialdeputation von Madrid gibt zu Ehren der Fürstlichen Hochzeit ein luxuriöses Ballfest, welches nicht weniger als 2 Millionen Reales kostet. — gerade die Hälfte des Betrages, welchen am Tage des Festes die Nationalversammlung für die Opfer der großen Uebersehimmungen erachtet hatte!

Einer der wenigen vernünftigen Beschlüsse des letzten englischen Trades-Unions-Kongresses zielte auf eine dauernde Verbindung aller Gewerkschaften des vereinigten Königreiches ab, und wurde zum Zweck der Verwirklichung dieses Beschlusses auch ein Ausschuss gewählt. Derselbe hat nun den „Labour News“ zufolge einen Entwurf der Bundesstatuten ausgearbeitet, welcher nimmere sämtliche Trades-Unions zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll. Diese Beschlüsse betreffen die Bemerkungen und Ausstellungen der Einzelvereine müssen bis zum 30. Januar wieder an den Ausschuss gelangen. Als Vorer der Hauptzweck der Verbindung wird die Einführung des neunständigen Arbeitstages in allen Arbeitszweigen und im ganzen Lande bezeichnet. Als Zentralorgan soll ein Bundeskomitee funktionieren, für dessen Erhaltung die Einzelvereine jährlich 2 Schilling pro Mitglied zusammensteuern. — Ob dieser Entwurf angenommen wird, ist aber noch keineswegs sicher, da die einzelnen Trades-Unions bisher gewohnt waren, vollkommen unabhängig von einander zu handeln und sich deshalb zu einer Zentralisation schwer entschließen. Sie sehen richtig voraus, daß sich diese Zentralisation, einmal in ihren Anfängen vorhanden, schnell freigerig und allmählig die vielberufene „Selbstständigkeit“ der Trades-Unions, d. h. ihr Recht, zum größten Vortheil des Kapitals einzeln und ohne Verathung und Verbindung mit den übrigen Gewerkschaften, ja wohl gelegentlich auch im Widerspruch mit denselben zu handeln, allmählig aufsaugen muß. Selbstverständlich ist aber diese Auffassung und die stramme Organisation der Arbeitervereine im Interesse der Arbeiter selbst gerade unbedingt nötig, da nur durch Zusammenfassung aller Kräfte des Arbeiterstandes und deren selbstbewußte Verwendung den Verdrängungen des Kapitals mit eigenem Erfolg begegnet werden kann. Aus diesen Gründen und weil wir der Ueberzeugung sind, daß gerade die Zentralisation ein gutes Mittel ist, den englischen Arbeitern allmählig die totale Unzulänglichkeit ihrer bisherigen Anstrengungen zur bewerkstelligen Verbesserung, zur Erlösung der Arbeiterklasse zu zeigen und sie auf den einzig zum Ziele führenden Weg der Sozialdemokratie zu führen, — deshalb begrüßen wir die Verbindungsbestrebungen der Trades-Unions, obgleich wir weit entfernt von dem Irrthum französisch-sprechender Parteiorgane sind, in den verbündeten Trades-Unions schon jetzt über dem „Nächst ein „gewaltiges Armeekorps im Dienste des Protektors“ zu sehen.

Wie gänzlich fruchtlos die Bemühungen der russischen Regierung sind, die Feinde des barbarischen Jainsmus, welche sie unter dem Sammelnamen „Nihilisten“ bezieht, durch Verlagerungsmaß, Peitsche, Folter, Ketten, Deportation und Galgen auszurotten, hat das neueste Moskauer Attentat wieder bewiesen. Wenige Stunden nach der Publikation des Todesurtheils gegen den wegen des Attentates auf den Polizeigeneral Trentelen angeklagten Mirsky ist der Zar in Moskau nur durch einen Zufall einem neuen Attentat entgangen. Die Verschwörer hatten nämlich in der Nähe des Moskauer Bahnhofes von einem eigens zu diesem Zweck erworbenen Hause aus den Bahnbaum unterminirt und mit einer Dynamitmine versehen, welche in dem Moment, als der Zug mit der Begleitung des Zaren einfuhr, explodirte, wodurch der Zug entgleiste und verschiedene Zerstörungen angerichtet wurden. Die Verschwörer hatten offenbar von der Fahrzeit, und der ganzen Anordnung des kaiserlichen Zuges genaue Kenntnis, und daß sie den kaiserlichen Zug trotzdem verschleht, ist einzig dem Umstand zuzuschreiben, daß der nachfolgende Vagabundzug infolge einer Nachlässigkeit dem Kaiserzug reglementswidrig vorgefahren war. Natürlich ist die Entrüstung über dieses „unerhörte Verbrechen“ bei allen Wohlgesinnten groß und eben so natürlich, denn die russische Regierung daran, noch barbarischere Maßregeln als bisher zu ergreifen, um der „Schule des Verbrechens“, dem Nihilismus endlich einmal ein gründliches Ende zu machen. Daß sie damit so wenig als bisher ihren Zweck erreicht, sondern lediglich das Gegenheil erzielt, ist für jeden Vernünftigen selbstverständlich.

Ein australischer interkolonialer Arbeitertag wird in den ersten Monaten des nächsten Jahres in Sydney (Neu-Süd-Wales) tagen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Die Einwanderung der achtstündigen Normalarbeitstag, die Gewerkschafts-Organisation, Arbeitsverhältnisse und Schiedsgerichte, Schutzlohn und Freihandel vom Standpunkt der Arbeiterinteressen. Der Kongress steht im Wesentlichen auf dem Boden der Trades-Unions; doch muß bemerkt werden, daß die australischen Trades-Unions fast nach jeder Richtung weit fortgeschrittener sind, als die englischen Muttervereine. Auch die Stellung der Arbeit ist ja in den meisten australischen Kolonien infolge des Wegfalles all des historischen Klassen- und Privilegienwesens des Mutterlandes und der verhältnismäßigen Leichtigkeit lohnenden und selbstständigen Arbeitserwerbes in dem emporschiebenden Lande eine weit günstigere als in England. So wurde voriges Jahr in der Kolonie Victoria der achtstündige Normalarbeitstag gesetzlich eingeführt und erst kürzlich wurde der Jahrestag des Inkrafttretens dieses Gesetzes in der Hauptstadt Melbourne als öffentlicher Festtag gefeiert.

### Berichte.

München, 3. Dezember. Der verächtliche Scherzige Antrag auf Einführung einer Klassenlotterie ist zwar bereits von der Kammer mit allen gegen 10 Stimmen abgelehnt worden, es ist indess doch nicht ohne Interesse, auf ein paar Keügerungen des Antragstellers kurz zurückzukommen: — Derselbe ist für die Ideen der herrschenden Klasse um so bezeichnender, als Scherz im parlamentarischen Leben ein höheres Richter ist. Scherz meint, man werde seinen Antrag „selbstverständlich“ den Einwand entgegennehmen, daß die Lotterie unmoralisch und darum absofut verwerflich sei. Daraus sei sicher viel Wahres, aber Angeichts der Thatfache, daß Preußen gerade jetzt „damit“ umgeht, die Boote seiner Staatslotterie zu vermehren, weil der jetzige Umfang derselben mit Rücksicht auf die neueren Provinzen unzureichend sei, erkläre er es für „Prüderer“, wollte der bairische Staat aus moralischen Gründen die Klassenlotterie nicht einführen. Für einen Staat, der sich in solcher finanzieller Bedrängnis befindet, wie der malen Bayern, seien derlei „moralische“ Bedenklichkeiten nicht am Platze. Ueberdies sei es notwendig, daß in Bayern trotz des gesetzlichen Verbotes sehr viel in auswärtigen Lotterien gespielt werde und er finde keinen haltbaren Grund, warum der bairische Staat das Geld, welches seine Bewohner nun einmal durchaus verspielen wollen, nicht selbst behalten sollte, anstatt dasselbe den Staatskassen von Oesterreich, Preußen, Sachsen, Hamburg und Braunschweig zukommen zu lassen. — Was wende, wie es bei einer wirklich moralischen Staatswirtschaft unbedenklich sein sollte, einmal diese Grundzüge auf die Privatmoral an, um sofort zu gewahren, wie „untergraben“ für die öffentliche Sittlichkeit und Sicherheit diese Grundzüge sind, welche in den oben genannten Staaten längst in voller Giltigkeit sind. Wenn sich jemand in finanzieller Bedrängnis befindet, ist es eine lächerliche „Prüderer“, wenn er sich in seiner Geldbeschaffungsmanipulationen von ethischen „moralischen“ Bedenklichkeiten beirren läßt. Und wenn jemand sein Geld einmal positiv los sein will, so muß man ihn nicht darin hindern, sondern es ihm ohne „Prüderer“ selbst abnehmen, damit er nicht Andern in die Hände fällt. Ist das nicht eine vortheilhafte „Ähre“ Bourgeois-Moral? Redigiers Irthüm die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einmal festhalten, die Wahrheit, wenn sie rücksichtlich des bei der Debatte über den Scherzigen Antrag gezeigten Wettstreits von Regierung und Kammer für das Prinzip der „Moral“ höchlich bemerkt, daß es so manches im bairischen Staatlichen wisse, was zum mindesten nicht moralischer sei als die Klassenlotterie, z. B. die in Baden erhobene Gebühr für die wöchentliche ärztliche Untersuchung der Prostituirten. — Mit Rücksicht auf die schändliche Abgabe hat es seine volle Wichtigkeit und ist dieselbe eine „Ergrügelung“ des „liberalen“ Regiments des Herolds von Heilich. Es möchte Einem wahrlich die Scham röthe ins Gesicht steigen, einem Gemeinwesen anzugehören, das sich von Theil aus so samentlos schmutzigen Quellen bezieht!

Im übrigen ist jetzt die Hauptaufgabe der bairischen Gemeinden, sich durch die sich von allen Seiten herabwärts aufhäufenden Finanzschwächen, die zum großen Theil der Reichthümerlichkeit ihre Entstehung verdanken, mit Ach und Krach durchzuschlagen. Die Gemeinden Baierns haben zur Zeit eine Gesamtverschuldung, welche nicht weniger als 100 Millionen beträgt. Zur Deckung der Gemeindeforderungen haben von den 7296 Gemeinden 579 mehr als 200 pCt. der direkten Staatssteuer, als Gemeindeforderungen zu bezahlen und 23 gar mehr als 500 pCt. Außerdem haben sich die Kreisämter in den letzten zehn Jahren um 10 pCt. vergrößert und sind an Dispositionen im Jahre 1876 4 1/2 Millionen an Gemeindeforderungen 11 Millionen erhoben worden, was 26 resp. 69 pCt. der direkten Staatssteuer entspricht. Welche Folgen unter solchen Umständen die unabweisliche Werhöhung der direkten Steuern haben muß, liegt auf den Händen. Indessen unter kräftiger, ferniger, oberpolitisch schwerfälliger und zurückgebliebenen Volk wird noch ganz andere Erfahrungen zu machen müssen, bevor es für Einigkeit kommt, sich bei schmutzigen Staats- und Gesellschaftssystemen energisch die Wege weis zu betreten und des Nachdrückes wegen vielleicht auch mit erheblicher tüchtiger Kraft. Nebenfalls fände die unwichtige Werthigkeit und geistige Kraft des Bayerns hierbei eine edlere Verwendung, als beim Trübschlingen und Schlandemitteln, und bei den unauflösblichen Kautereln; denn vor ein paar Jahren den Volksäusen haben die großen Herren gewöhnlich wenig Respekt, als vor einem Hundstündigen Volkbrechen.

München, 1. Dezember. Der Scherzige Antrag auf Einführung einer Klassenlotterie ist zwar bereits von der Kammer mit allen gegen 10 Stimmen abgelehnt worden, es ist indess doch nicht ohne Interesse, auf ein paar Keügerungen des Antragstellers kurz zurückzukommen: — Derselbe ist für die Ideen der herrschenden Klasse um so bezeichnender, als Scherz im parlamentarischen Leben ein höheres Richter ist. Scherz meint, man werde seinen Antrag „selbstverständlich“ den Einwand entgegennehmen, daß die Lotterie unmoralisch und darum absofut verwerflich sei. Daraus sei sicher viel Wahres, aber Angeichts der Thatfache, daß Preußen gerade jetzt „damit“ umgeht, die Boote seiner Staatslotterie zu vermehren, weil der jetzige Umfang derselben mit Rücksicht auf die neueren Provinzen unzureichend sei, erkläre er es für „Prüderer“, wollte der bairische Staat aus moralischen Gründen die Klassenlotterie nicht einführen. Für einen Staat, der sich in solcher finanzieller Bedrängnis befindet, wie der malen Bayern, seien derlei „moralische“ Bedenklichkeiten nicht am Platze. Ueberdies sei es notwendig, daß in Bayern trotz des gesetzlichen Verbotes sehr viel in auswärtigen Lotterien gespielt werde und er finde keinen haltbaren Grund, warum der bairische Staat das Geld, welches seine Bewohner nun einmal durchaus verspielen wollen, nicht selbst behalten sollte, anstatt dasselbe den Staatskassen von Oesterreich, Preußen, Sachsen, Hamburg und Braunschweig zukommen zu lassen. — Was wende, wie es bei einer wirklich moralischen Staatswirtschaft unbedenklich sein sollte, einmal diese Grundzüge auf die Privatmoral an, um sofort zu gewahren, wie „untergraben“ für die öffentliche Sittlichkeit und Sicherheit diese Grundzüge sind, welche in den oben genannten Staaten längst in voller Giltigkeit sind. Wenn sich jemand in finanzieller Bedrängnis befindet, ist es eine lächerliche „Prüderer“, wenn er sich in seiner Geldbeschaffungsmanipulationen von ethischen „moralischen“ Bedenklichkeiten beirren läßt. Und wenn jemand sein Geld einmal positiv los sein will, so muß man ihn nicht darin hindern, sondern es ihm ohne „Prüderer“ selbst abnehmen, damit er nicht Andern in die Hände fällt. Ist das nicht eine vortheilhafte „Ähre“ Bourgeois-Moral? Redigiers Irthüm die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einmal festhalten, die Wahrheit, wenn sie rücksichtlich des bei der Debatte über den Scherzigen Antrag gezeigten Wettstreits von Regierung und Kammer für das Prinzip der „Moral“ höchlich bemerkt, daß es so manches im bairischen Staatlichen wisse, was zum mindesten nicht moralischer sei als die Klassenlotterie, z. B. die in Baden erhobene Gebühr für die wöchentliche ärztliche Untersuchung der Prostituirten. — Mit Rücksicht auf die schändliche Abgabe hat es seine volle Wichtigkeit und ist dieselbe eine „Ergrügelung“ des „liberalen“ Regiments des Herolds von Heilich. Es möchte Einem wahrlich die Scham röthe ins Gesicht steigen, einem Gemeinwesen anzugehören, das sich von Theil aus so samentlos schmutzigen Quellen bezieht!

